

Kleine Anfrage zur mündlichen Antwort

Abgeordnete/Abgeordneter Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen)

Vorbemerkung der/des Abgeordneten

Reform der Grundsteuer

Der Bundesrat hat am 4.11.2016 die Einbringung von Gesetzentwürfen zur Reform der Grundsteuer in den Bundestag beschlossen. „Die große Mehrheit der Länder hat die dringende Notwendigkeit einer Grundsteuerreform erkannt. Mit dem heutigen Beschluss zur Einbringung der von Niedersachsen und Hessen vorgelegten Gesetzentwürfe kommen wir dem Ziel einer verfassungsfesten und gerechten Neugestaltung der Grundsteuer einen gewichtigen Schritt näher“, erklärten die Finanzminister von Niedersachsen und Hessen am Tag der Bundesratssitzung. Die Reform der Grundsteuer sei zwingend geboten, da es ernste verfassungsrechtliche Zweifel an der gegenwärtigen Rechtslage gebe und bereits mehrere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig seien, so die Minister.

Rund 13 Milliarden Euro Einnahmen bringt die Grundsteuer den Kommunen jährlich.

Die Länder Niedersachsen und Hessen hatten im September 2016 die Gesetzentwürfe für eine Grundsteuerreform dem Bundesrat vorgestellt. Hintergrund ist die geltende Grundstücksbewertung auf Grundlage jahrzehntealter Wertverhältnisse - 1964 im Westen und 1935 im Osten -, die über die Jahre zu erheblichen Wertverzerrungen geführt haben und nach Ansicht des Bundesfinanzhofes dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes widerspricht.

Neben den verfassungsrechtlichen Zweifeln ist durch die jahrelange Nichtberücksichtigung der Wertentwicklungen hier auch eine Gerechtigkeitslücke entstanden, die durch eine Neuregelung zu beseitigen ist. Insgesamt ist der Reformvorschlag aufkommensneutral ausgestaltet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Unterstützt die neue Landesregierung die Gesetzentwürfe von Niedersachsen und Hessen zur Reform der Grundsteuer und den Beschluss des Bundesrates vom 4.11.2016?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Beratung im Bundestag und im Bundesrat?
3. Was hat die neue Landesregierung bislang unternommen, um die Gesetzesvorhaben erfolgreich abzuschließen?